Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz

**Band:** 70 (1991)

Heft: 6

Artikel: Zur Klärung

Autor: Delley, Jean-Daniel

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-340933

# Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

## **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

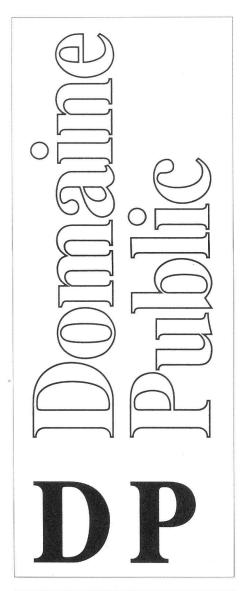
#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF: 25.11.2025** 

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

# Zur Klärung



# von Jean-Daniel Delley

Verantwortlicher Redaktor des Domaine Public, einer sozialdemokratischen Wochenzeitung in der Romandie. Die Sonntagabende nach eidgenössischen Wahlen werden nie jenen Grad an knisternder emotioneller Spannung erreichen, nie zu jenem Spektakel gedeihen, wie dies bei unseren Nachbarn üblich ist. Das bei uns gängige Proporzsystem, dazu die Wahlkreis-Einteilung, die eine «Kantonalisierung» des Stimmverhaltens fördert, machen eine Grundwelle der öffentlichen Meinung wenig wahrscheinlich und verhindern bedeutsame Sitzverschiebungen. Etwas Spannung bringen einzig die angesichts der Vielfalt unseres Landes notwendigerweise unpräzisen Hochrechnungen, die im Verlauf des Abends nach und nach korrigiert werden.

Dennoch sind eidgenössische Wahlen nicht uninteressant, auch wenn sie uns nicht in atemlose Spannung versetzten. Hinter dem Schleier vordergründiger Stabilität lassen sich mögliche Entwicklungen erraten. Die langsame Erosion der Regierungsparteien geht weiter zugunsten dessen, was manche Kommentatoren mit Besorgnis als ein Abdriften in den Populismus bezeichnen. Die Sozialdemokraten haben ihren Teil schon vor vier Jahren abbekommen; diesmal waren die Freisinnigen und die CVP an der Reihe. Offengestanden missfällt uns dies Abrutschen nicht allzusehr. Nicht etwa, dass die neuen Bewegungen, ob Motorisierte, Lega oder NA-Leute in irgendeiner Weise mithelfen könnten, die heute anstehenden Probleme zu lösen. Aber ihr relativer Erfolg sollte den beiden grossen bürgerlichen Parteien klarmachen, dass sie nichts zu gewinnen haben, wenn sie über den Hag fressen, wo das Kraut des Fremdenhasses und des Populismus wächst. Um auf möglichst breitem Feld ernten zu können, dürfen die Mitte-Rechts-Parteien niemanden verärgern und müssen daher alle, oder fast alle, enttäuschen.

Die Sozialdemokraten sind seinerzeit der Versuchung erlegen, eine Partei mit möglichst breitem Spektrum zu sein. Ihr Ehrgeiz, zum grossen linksgrün-sozialen Sammelbecken zu werden, hat Leute mit extremen Positionen nicht überzeugt, dafür aber das Gros ihrer Anhängerschaft verunsichert. Sie haben jetzt den Kurs berichtigt, die Schwerpunkte neu gesetzt und zu Alternativen und grünen Fundamentalisten Distanz gewonnen, wenn auch in ihren Reihen noch ein paar wenige Dinosaurier Zieglerischen Zuschnitts zu finden sind. Nun wären die Freisinnigen und die Christdemokraten an der Reihe, ihren Kurs zu klären, die Zeichen neu zu setzen. Die vordringlichen Themen in der politischen Agenda europäische Integration und internationale Zusammenarbeit, Fremdenpolitik, soziale Sicherheit, umweltverträgliches Wirtschaftswachstum und gerechte Steuern - erfordern ganz offensichtlich einen klar umrissenen gemeinsamen Nenner für Parteien, die die Regierungsverantwortung tragen wollen, und eine standhaftere Unterstützung des Bundesrates. Die Bundesratsparteien können es gefahrlos den Randgrup-

pen überlassen, die Unzufriedenheit aufzufangen und mit Schlagworten um sich zu werfen, die sich im Gebrauch rasch abnutzen. Voraussetzung dafür ist, dass sie das Terrain besetzt behalten: Die Politik hat nämlich einen Horror vor Leerräumen. Diskret verschwiegen zu Hauptthemen, zögernd, weil in sich uneins, überliessen die grossen Parteien und mit ihnen der Bundesrat - doch hätte es dieser, zaghaft unterstützt wie er war, besser machen können? – das Feld den marktschreierischen Parolen der Demagogen und der Verwirrung vieler Bürger, die sich in dieser komplex-komplizierten Welt und angesichts des Tempos der Veränderungen nicht mehr zurechtfinden. Bedingung dafür ist weiter, dass sie glaubwürdige Lösungen suchen und diese dann auch vor dem Volk vertreten: Information, geduldiges Erklären, sind in einer halbdirekten Demokratie mehr als anderswo eine Grundbedingung für das gute Funktionieren der Institutionen.

In solchem Kontext sehen wir keinen Platz mehr für eine Vertretung der SVP im Bundesrat, haben doch ihre «härtesten» Sektionen Zürich und Aargau bei den Wahlen dank offen fremdenfeindlicher Parolen einem stumpfsinnigen Konservativismus noch zugelegt. Deren Vertreter werden künftig in Gesamtpartei und Fraktion den Ton angeben. In der Frage der Integration in eine europäische Gemeinschaft, in jener der internationalen Zusammenarbeit, in der Fremden-, wie in der Steuerpolitik hat sich die SVP klar als Oppositionspartei profiliert. Die drei anderen Bundesratsparteien haben jetzt aus dieser Haltung die logische Konsequenz zu ziehen.

J.-D. D.

## Zauberformel

Die Wahlen haben die Zauberformel im Bundesrat bestätigt. Jede andere Zusammensetzung unserer Regierung ist schon rein rechnerisch kaum möglich, geschweige denn politisch. Es bewegt sich wenig in der Schweiz. Doch das Malaise in der Bevölkerung mit der Zauberformel ist unübersehbar. Unser heutiges Regierungssystem ist ineffizient, innovationshemmend und entscheidungsschwach. Die 10. AHV-Revision ist ein Jahrzehnt in der Verwaltung herumgeschoben worden. Dringliche energieund umweltpolitische Entscheide beispielsweise für Lenkungsabgaben mit Rückerstattung, kommen nicht voran. Die Gleichstellung von Mann und Frau ist weit weg, trotz Verfassungsauftrag. Beim Militär scheinen die Zeichen Zeit nie erkannt zu werden. Bringt wenigstens die europapolitische Herausforderung endlich Bewegung in die Schweiz?

So oder so muss die SP wieder für mehr Bewegung in Bern sorgen. Die Zauberformel hat in ihrer heutigen Wirkung keine Zukunft mehr. Ein neues tragfähiges Modell muss reifen. Weil die andern Bundesratsparteien dazu keine Lust haben, wird einmal mehr die SP die entscheidende Gedankenarbeit machen müssen.

Rolf Zimmermann

